

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 17/2042



Gewerkschaft der Polizei

Mitglied der European
Confederation of Police (EUROCOP)

Landesbezirk Schleswig-Holstein

Gewerkschaft der Polizei - Max-Giese-Straße 22 - 24116 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
Herrn Vorsitzenden Thomas Rother
Postfach 71 21

24171 Kiel

Telefon: 04 31 - 1 70 91
Telefax: 04 31 - 1 70 92
E-Mail: gdp-schleswig-holstein@gdp-online.de
Internet: www.gdp-schleswig-holstein.de

Bürozeiten:
Mo / Di / Do 7.30 bis 16.30 Uhr
Mi 7.30 bis 15.30 Uhr
Fr 7.30 bis 13.00 Uhr

Bankverbindung: SEB Bank Kiel
BLZ 210 101 11 - Konto-Nr. 1 050 030 600

Ihr Zeichen

L 215

Ihr Schreiben vom

08.02.11

Unser Zeichen

71.20.02
rr/schü

Datum

9. März 2011

Sicherheitsbericht für Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung - Drucksache 17/783

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

unter Vorlage des Sicherheitsberichtes baten Sie die Gewerkschaft der Polizei um eine Stellungnahme. Diesem Wunsch kommen wir sehr gerne nach.

Der Sicherheitsbericht für Schleswig-Holstein ist eine gute Zusammenfassung der Tätigkeiten verschiedener Behörden und Institutionen. Er spiegelt die gemessene Sicherheit im Lande wider, zeigt Problemfelder auf und gibt am Schluss einen Ausblick.

Im Wesentlichen basiert der Bericht auf der polizeilichen Kriminalstatistik, aber auch auf anderen Dateien, die insbesondere im Bereich der Justiz angesiedelt sind. Es fehlt aus unserer Sicht eine Widerspiegelung der Arbeit des Verfassungsschutzes, die ebenfalls eine Säule in den Sicherheitsbehörden des Landes darstellt.

Dem Innenminister sind wir besonders dankbar, dass er die Problematik um die Sicherungsverwahrung aufgegriffen hat, bei der es immer noch an rechtssicheren und praktikablen Lösungen mangelt. Diese liegen jedoch nicht allein in der Landeszuständigkeit.

Auch wenn die Zahlen der polizeilichen Kriminalstatistik nach unten zeigen, bleiben wichtige Felder im gesamtgesellschaftlichen Fokus. Dazu gehört nach wie vor die Problematik um die Jugend- und Gewaltkriminalität. Hier werden umfassende Konzepte unter Einbeziehung der Strafverfolgungsbehörden, aber auch anderer zuständiger öffentlicher und privater Stellen erwartet.

In diesem Zusammenhang müssen wir erwähnen, dass auch die Verfahren bei "Widerstand gegen die Staatsgewalt" (Seite 57 des Berichtes) uns als Gewerkschaft der Polizei als Interessenswahrerin der Polizeibeschäftigten Sorge bereiten. Gerade das Schaubild zeigt überdeutlich den kontinuierlichen Anstieg dieser Deliktsform. Dies erfüllt uns mit Sorge, weil dahinter die Infragestellung staatlicher Gewalt steht. Wir erwarten von Exekutive und Legislative, dass alles getan wird, um die persönliche körperliche Unversehrtheit der Sicherheitskräfte im höchstem Maße zu schützen.

Herausgreifen wollen wir weiterhin das Thema "Neue Medien", das in dem Bericht unter dem Stichwort Computerkriminalität subsumiert. Dabei sind die Betrugsanzeigen doch erheblich. Die Aufklärungsquote geht kontinuierlich zurück, während die Fallzahlen kontinuierlich steigen. Die Bearbeitung dieser Kriminalitätsfälle ist sehr arbeits- und technikintensiv, scheitert auch an durch Rechtsprechung und Gesetzgeber verlangten Hürden. Mehr und mehr wird diese Deliktsform sozialschädlich und umfasst nicht mehr die Taten einzelner - oft im Kinderpornografiemilieu angesiedelter - Täter. Internetauktionen, An- und Verkäufe im Netz laden oft zum Betrug oder anderer strafbarer Handlungen ein.

Fazit:

1. Die komplexe Berichterstattung ist sinnvoll und sollte fortgeführt werden.
2. Die Menschen in Schleswig-Holstein können sich prinzipiell weiterhin auf die Arbeit von Polizei und Strafverfolgung verlassen.
3. Innere Sicherheit ist als Standort-Argument auch für Wirtschaft und Industrie ein sehr wichtiges Argument.
4. Das bedingt, dass Personalausstattung und Finanzaufwendungen für Innere Sicherheit nicht vernachlässigt werden dürfen.
5. Die Arbeit der Polizei und Strafverfolgungsbehörden wird stets komplexer, verlangt immer mehr spezialisierte Kenntnisse und hochwertige Ausbildung. Hinzu kommt, dass genügend Personal vorhanden sein muss. Schon jetzt ist die Polizei tatsächlich zu knapp ausgestattet. In diesem Zusammenhang verweisen wir auf die demografische Entwicklung und den damit einhergehenden Wettbewerb um guten Nachwuchs.

Mit freundlichen Grüßen

Der Vorstand

i. A.



Karl-Hermann Rehr
Landesgeschäftsführer